

Grossratssession September 2014: Bericht der SP-See -Deputation

Schulgesetz: Der Grosse Rat hat das Minimum an Klassen für einen Schulkreis mit eigener Leitung in dritter Lesung auf 8 festgelegt. Dieser Entscheid kommt den Bedenken kleinerer Schulkreise, wie z.B. ABGRU in unserem Bezirk, entgegen. Dieser machte im Vorfeld geltend, dass kleinere Schulgrössen bei der Personalführung und Schulentwicklung Vorteile haben. Eine einzige Schulleitung für mehrere kleine Schulen wäre für die SP-Fraktion auch eine Lösung gewesen, ohne aber die Schulhäuser in den Gemeinden aufzugeben.

Projekt Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft: Aus Angst, die theologische Fakultät würde ihre christliche Tradition aufgeben und stattdessen fundamentalistischen Imamen Tür und Tor öffnen, kam ein Mandat zur Abstimmung, wonach der Staatsrat der Universität hätte verbieten sollen, am Konzept eines vom Bund vorgeschlagenen Projektes zu arbeiten. Zur grossen Erleichterung erhielt das Mandat nicht die notwendige Stimmenzahl. Das Projekt wird vom Bund mitfinanziert, weil es einem grossen politischen Willen des Landes entspricht und zusammen mit zwei anderen schweizerischen Hochschulen und einer Forschungsgruppe erarbeitet wird. Die Universität Freiburg wurde als idealer Standort dieses Kompetenzzentrums angefragt, weil die Theologische Fakultät bekannt ist für ihre Internationalität, ihre Forschungsorientierung und Dialogfähigkeit auf ökumenischer und interreligiöser Ebene. Schweizer Bürgerinnen und Bürger sollen die Lehre und die religiöse Praxis des Islam aus zuverlässiger Quelle kennen, um Berührungsängste und Vorurteile abzubauen, Imame und andere Bezugspersonen für muslimische Gemeinschaften sollen besser informiert sein über die sozialen, politischen, kulturellen und juristischen Rahmenbedingungen in der Schweiz. Dass selbst die sich auch im Geiste (und nicht nur bezüglich des Geldes) als liberal bezeichnende FDP und die christliche Eigenschaften hochhaltende CVP (trotz klarer Meinung des Bischofs) sich von dieser Angst verführen liessen, ist schlicht nicht nachvollziehbar. Umso positiver hervorzuheben sind daher ein paar Frauen dieser beiden Parteien, die sich gegen ihre männlichen Kollegen stellten und den Dialog mit der muslimischen Religion auf wissenschaftlicher Ebene als notwendig bezeichnen. Und: die täglichen Berichte über die Gräueltaten der Dschihadisten haben mit diesem Projekt nichts zu tun.

Hochschulkonkordat: Einstimmig fiel das Ja zum Beitritt des Kantons in das Hochschulkonkordat aus. Gestützt auf dieses Konkordat wird am 1. Januar 2015 ein neues Hochschulgesetz in Kraft treten. Danach sind Bund und Kantone neu gemeinsam zuständig für die Hochschulentwicklung. Als Vertreter eines Kantons mit einer Universität, einer Fachhochschule und einer Pädagogischen Hochschule wird unser Erziehungsdirektor im Hochschulrat sitzen, in dem die wichtigsten Entscheide gefällt werden.

Resolution für die Landessprache: Der Grosse Rat hat eine von der SP formulierte Resolution einstimmig gutgeheissen, die den Staatsrat auffordert, sich beim Bund zugunsten des frühen Erlernens der Landessprachen einzusetzen.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer